

Deutsche Einheit: Ost-West-Angleichung durch Tarifverträge!

Letzten Sonntag jährte sich der Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland zum 31. Mal. So sehr die Wiedervereinigung Anlass zum Feiern ist, so hat sie vielen doch auch einiges abverlangt. Werksschließungen, massenhafter Arbeitsplatzabbau und die Transformation der Wirtschaft stellte vor allem die Beschäftigten im Osten Deutschlands vor große Herausforderungen. Es gab einen Umbruch, der bis heute nachwirkt und sogar noch Menschen betrifft, die erst nach der Wende geboren wurden.

So ist die Wirtschaftskraft zwischen Ostsee und Erzgebirge mit 74 % des westdeutschen Niveaus nach wie vor bedeutend schwächer. Zugleich ist die Arbeitslosigkeit hier merklich höher, womit auch ein größeres Risiko einhergeht, in Armut zu geraten. Doch vor allem bei den Löhnen gibt es nach wie vor große Unterschiede. Im Durchschnitt wird Beschäftigten im Osten 16 % weniger Lohn oder Gehalt gezahlt als im Westen. Damit stagniert die angestrebte Angleichung der Einkommen seit gut 20 Jahren. Je nach Wirtschaftszweig gibt es zum Teil große Abweichungen bei den Verdiensten. Während im öffentlichen Dienst ein nahezu ausgeglichenes Lohngefüge zwischen Ost und West existiert, gibt es vor allem im Handel viel aufzuholen (siehe Abbildung).

Zwar ist die Lücke zwischen den Löhnen in Ost und West geringer, wo Tarifverträge gelten. Allerdings geht seit Jahren die Tarifbindung zurück. Nur für 43 % der Beschäftigten im Osten gelten Tarifverträge, im Westen sind es 53 %. Zur Jahrtausendwende waren es noch 55 % in Ost und 70 % in West. Nur noch jeder fünfte Betrieb im Osten ist derzeit tarifgebunden. Das Problem: Viele Arbeitgeber drücken sich vor anständiger Bezahlung, indem sie sich Tarifverhandlungen verweigern und damit den Beschäftigten gute Löhne verwehren. Zudem

regeln Tarifverträge auch Arbeitszeiten, Urlaub oder Leistungen für eine zusätzliche Altersvorsorge.

Auch im aktuellen Tarifkonflikt des Bauhauptgewerbes ist die Ost-West-Angleichung unter dem Motto „Löhne hoch – sonst Helme runter“ eine zentrale Forderung der IG BAU. Zudem setzt sich die Mitgliedsgewerkschaft des DGB für insgesamt höhere Löhne und eine Wegezeitschädigung für die rund 900.000 Baubeschäftigten ein. Die Bau-Arbeitgeber blockieren bislang aber und legten kein verhandlungsfähiges Angebot auf den Tisch.

Fest steht: Wer sonntags die deutsche Einheit feiert, darf tags darauf nicht die Hände in den Schoß legen. Wir brauchen endlich gute Löhne unabhängig von der Himmelsrichtung. Wo sich Unternehmer oder deren Verbände verweigern, muss sich die neue Bundesregierung der Stärkung der Tarifbindung annehmen. Dazu gehört ein Bundestariftreugesetz mit klaren Regeln, um öffentliche Aufträge und Fördergelder nur an Unternehmen zu vergeben, die auch Tarifverträge anwenden. Diese müssen leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können, damit sie für eine ganze Branche bindend sind. So werden aus Worten Taten zur Angleichung der Löhne und damit der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland.

